

Pazifismus

Der Traum vom Frieden

7. Mai 2022, 18:59 Uhr | Lesezeit: 8 min

Schon im Kaiserreich diskutierten Pazifisten, ob Waffengewalt gegen einen Aggressor legitim ist. Der Ukraine-Krieg zeigt jetzt wieder, wie schwer sich die Friedensbewegung mit dieser Frage tut. Eine historische Einordnung.

Von Paul Munzinger

Im April 1917, mitten im Ersten Weltkrieg, stand in München eine Lehrerin wegen "pazifistischer Treibereien" vor Gericht. Marie Zehetmaier hatte unter anderem Friedenspetitionen an den Reichskanzler zur Unterschrift ausgelegt und einen Brief an den berühmten Pazifisten Alfred Hermann Fried verfasst, mit der Bitte, dessen "Handbuch der Friedensbewegung" für eine Broschüre verwenden zu dürfen. Der Brief wurde abgefangen und Marie Zehetmaier vor Gericht gestellt, wo sie schließlich freigesprochen wurde. Ein Arzt hatte ihr bescheinigt, "infolge geistiger Überarbeitung zu Wahnideen" gekommen zu sein.

Alfred Hermann Fried berichtete von dem Verfahren gegen Marie Zehetmaier in seinem Kriegstagebuch. Und kommentierte: "Der Versuch, durch Aufklärung und Verständigung zu einer Überwindung der Menschenschlächtereie und Glückvernichtung zu gelangen, gilt vor einem deutschen Gericht als Wahnidee! Als logisch gilt demnach die blutige Hetzarbeit der Annexionisten, der Welteroberer, der Kriegspreisler in den Redaktionen, auf der Kanzel und auf dem Katheder. Wir sind also allesamt Narren! Das besagt jenes Urteil."

Es ist nur eine Episode in der Geschichte des Pazifismus in Deutschland. Und doch fasst sie mustergültig zusammen, was diese Geschichte ausmacht - zumindest in den Augen der Pazifistinnen und Pazifisten selbst: unbestechlich im Angesicht des Krieges, von Zeitgenossen für verrückt erklärt, von der Geschichte bestätigt. Heute gibt es Stimmen in der Friedensbewegung, die dieses Muster wiedererkennen, im Angesicht der Menschenschlächtereie und Glückvernichtung in der Ukraine. "Pazifistische Positionen", [findet etwa der Bund für soziale Verteidigung](#), "werden - wie in jedem Krieg - zwischen 'naiv' und 'Verrat' eingeordnet." Alles wie immer also?

Es stimmt: Der Pazifismus hat immer dann den schwersten Stand, wenn er eigentlich am

höchsten im Kurs stehen müsste - im Krieg. Und es stimmt auch, dass er schon oft als Wahn-idee abgetan wurde, zwischen utopisch, unmännlich und gefährlich. Und doch ist natürlich nicht alles wie immer. Es ist schließlich nicht mehr Franz Josef Strauß, der einen "falschen Pazifismus" anprangert und dessen Anhänger als "nützliche Idioten Lenins" bezeichnet. Es sind seine natürlichen Verbündeten, denen der Pazifismus heute "zynisch" vorkommt (Wolfgang Thierse), wie "ein ferner Traum" (Robert Habeck). Oder, wie es der SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz sagt: "aus der Zeit gefallen".

Was ist da nur passiert?

Deutschland, die verspätete Nation, ist auch in Sachen Pazifismus ein Nachzügler. Die ersten Friedensgesellschaften entstanden in Massachusetts (1814), New York (1815) und London (1816). Der erste deutsche Friedensverein gründete sich 1850 in Königsberg, wurde aber gleich wieder verboten. Etablieren konnte sich der organisierte Pazifismus vier Jahrzehnte später. 1889 veröffentlichte Bertha von Suttner ihren Roman "Die Waffen nieder!", eine Art pazifistisches Manifest. 1892 folgte die Gründung der bis heute bestehenden Deutschen Friedensgesellschaft in Berlin, geführt von einer österreichischen Doppelspitze: Bertha von Suttner und der erwähnte Alfred Hermann Fried. "Der Krieg steht im Widerspruch mit der heutigen Culturstufe civilisierter Nationen", hielt das Programm der Gesellschaft fest.

Bertha von Suttner hielt humanitäre Interventionen für legitim

Bertha von Suttner erhielt 1905 den Friedensnobelpreis, Alfred Hermann Fried 1911. Doch die Friedensbewegten blieben im Kaiserreich ebenso wie in der Weimarer Republik eine kleine Minderheit - "wenige Tauben in einer Gesellschaft von Falken", wie es der Historiker Hans-Ulrich Thamer formuliert. Und es gilt auch zu betonen, dass die bürgerliche Friedensbewegung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts gemäßigte Ziele verfolgte. Sie kritisierte den Militarismus, forderte Abrüstung, internationale Verständigung und Schiedsgerichte, um Kriege zu verhindern. Die Verweigerung des Wehrdienstes lehnte sie ab, Verteidigungskriege hielt sie für legitim. Bertha von Suttner befürwortete sogar Einsätze, die man heute humanitäre Interventionen nennen würde. "Wo Verfolgte, Tyrannisierte, Verhungernde ihren Klageschrei erheben", schrieb sie 1904, "dort eile man hin und interveniere, denn nicht innere Angelegenheit, Menschenangelegenheit ist's."

Heute trägt die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, kurz DFG VK, das Bekenntnis zur Wehrdienstverweigerung im Namen. Ihr Grundsatz lautet, "keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten".

Die Geschichte des Pazifismus in Deutschland ist also auch die Geschichte einer Radikalisierung. Sie begann im "Menschenschlachthaus" des Ersten Weltkriegs (so der Titel eines bereits 1912 erschienenen pazifistischen Romans) und setzte sich in der Weimarer Republik fort. Die brachte zwar ein Ende der Monarchie, aber kein Ende des deutschen "Schwertglaubens", wie das der Pazifist Friedrich Wilhelm Foerster nannte. "Wir sind nicht radikal genug", schrieb 1925 der Schriftsteller Kurt Tucholsky, Mitinitiator der "Nie wieder Krieg"-Bewegung. "Ich wünsche dem deutschen Pazifismus Soldaten des Friedens."

Der Friedensbewegung der Zwanzigerjahre gelang es zum ersten Mal, Menschen in großer Zahl zu mobilisieren. Die "Nie wieder Krieg"-Bewegung brachte bis zu 300 000 Menschen auf die Straße. Und während der Vorkriegspazifismus Frieden noch in erster Linie als außenpolitische Angelegenheit angesehen hatte, setzte sich nun die Vorstellung durch, dass Frieden auch im Inneren erkämpft werden müsse. Wer für den Frieden war, war auch für die Demokratie - und gegen ihre Gegner, allen voran die Nationalsozialisten. Als die 1933 an die Macht kamen, standen auf der ersten Ausbürgerungsliste viele Pazifisten.

Einer von ihnen war der erwähnte Friedrich Wilhelm Foerster, der schon Jahre vorher die pazifistische Gretchenfrage aufgeworfen hatte: Gibt es einen Punkt, an dem Gewaltlosigkeit endet? 1926 warnte Foerster: Wer der "Tatkraft der Kriegsmenschen" - es ging um geheime Aufrüstungspläne der Reichswehr - nur die Parole "Nie wieder Krieg" entgegenhalte, sei "eine moralische Schlafmütze". Er vertrat einen "realistischen" Pazifismus, weil sich der "abstrakte" Pazifismus als "hoffnungslos blind" herausgestellt habe. "Derjenige, der in einer gegebenen Situation sich weigert, die Waffen abzulegen, kann ein weit ernsterer Pazifist sein als derjenige, der den Wölfen blindlings die Tür öffnet", schrieb er 1932.

Foerster vollzog damit schon vor der Machtübernahme Hitlers eine Wende, die der berühmteste Vertreter des Pazifismus in Deutschland 1933 nachholte: Albert Einstein. Auch der Physiker, seit 1933 im Exil, begann zwischen "vernünftigem" und "verantwortungslosem" Pazifismus zu unterscheiden. Unter die zweite Kategorie zählte er etwa die britisch-französische Appeasement-Politik. 1939, kurz vor dem Zweiten Weltkrieg, unterschrieb er einen Brief an den US-Präsidenten, der vor einer deutschen Atombombe warnte und so zur Entwicklung der amerikanischen Atombomben beitrug, die 1945 auf Hiroshima und Nagasaki niedergingen. Einstein bezeichnete die Unterschrift später als Fehler und setzte sich nach 1945 für Abrüstung ein.

Nach 1945 gab es neben "Nie wieder Krieg" ein zweites Ziel: "Nie wieder Auschwitz"

Hatte die Friedensbewegung in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg ein Ziel - "Nie wieder

Krieg" -, hatte sie nach dem Zweiten Weltkrieg noch ein zweites: "Nie wieder Auschwitz". In den Neunzigerjahren sollten die beiden Prinzipien in Konkurrenz zueinander treten, doch zunächst verstärkten sie einander. Der Pazifismus wurde zum ersten Mal zu einer mehrheitsfähigen Position, befeuert von der Angst vor dem "Atomtod" und getragen von breiten Kreisen der Zivilgesellschaft, die den Kampf für den Frieden mit ganz unterschiedlichen Zielsetzungen verknüpften: religiösen, sozialistischen, ökologischen, feministischen, sogar nationalen. Auch die beiden deutschen Staaten gelobten, sich für den Frieden einzusetzen (wenngleich sie etwas anderes darunter verstanden). Die Bundesrepublik erhob die Wehrdienstverweigerung 1949 zum Grundrecht.

Ab Beginn der Fünfzigerjahre formierte sich der (am Ende vergebliche) Widerstand gegen die Wiederbewaffnung und den Beitritt zur Nato; die Sorge um den Frieden mischte sich dabei auch mit der Sorge um die Wiedervereinigung. 1957 richtete sich der Protest gegen Pläne, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten. Prominente Naturwissenschaftler, die Göttinger Achtzehn, warnten vor der Zerstörungskraft taktischer Atomwaffen, nachdem Kanzler Konrad Adenauer behauptet hatte, sie seien "nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie". Auch die SPD startete eine "Kampf dem Atomtod"-Kampagne. 1960 begannen - inspiriert von Vorläufern in England - die Ostermärsche, die sich unter dem Eindruck des Vietnamkriegs stark politisierten und zu einem Vorläufer der Studentenbewegung wurden.

1979 erwachte die zwischenzeitlich entschlummerte Friedensbewegung wieder - und wie. Der Nato-Doppelbeschluss machte den Kampf gegen die atomare Aufrüstung zum Großthema der frühen Achtzigerjahre. Die Massendemonstration im Bonner Hofgarten 1983, Menschenketten, die Sitzblockade in Mutlangen, Heinrich Bölls Schiebermütze und Petra Kellys Blumenhelm, all das gehört längst zum kollektiven deutschen Gedächtnis. Doch so schnell die Bewegung angeschwollen war, so schnell ebte sie wieder ab. "Die Besonderheit der Friedensbewegung", sagt der Bewegungsforscher Dieter Rucht, "ist die enorme Diskrepanz zwischen ihrem schmalbrüstigen Organisationskern und der Riesenmenge an Demonstrierenden, die aus aktuellem Anlass dazukommen kann - aber auch schon am nächsten Tag wieder weg ist."

Die Friedensbewegung der Bundesrepublik - das verbindet sie in gewisser Weise mit "Fridays for Future" - scheiterte mit ihren konkreten Zielen, von der Wiederbewaffnung bis zur Nachrüstung, und gilt dennoch als Erfolgsgeschichte (allerdings mit Schönheitsfehlern, wenn man etwa an den verbreiteten Antiamerikanismus denkt). Nach dem Zweiten Weltkrieg trieb sie maßgeblich einen Sinneswandel der Gesellschaft voran, der mit der Gründung der Grünen auch das Parteienspektrum erfasste. Einigen geht der angeblich "instinktive Pazifismus" (Joschka Fischer) allerdings längst zu weit, nicht erst seit dem Krieg in der Ukraine. Eine Erfolgsgeschichte schrieb auch die unabhängige Friedensbewegung in der DDR, die unter der biblischen Losung "Schwerter zu Pflugscharen" großen Anteil am - friedlichen - Untergang des SED-Staates hatte.

Als der Ost-West-Konflikt endete, kam der Friedensbewegung der klare Gegner abhanden, auf den sich so viele unterschiedliche Gruppen hatten einigen können - das Wettrüsten, der drohende Atomtod. Stattdessen war sie konfrontiert mit einer neuen Unübersichtlichkeit und neuen Kriegen, am Golf, auf dem Balkan, in Afghanistan. Die Grünen verwandelten unter schmerzhaften Debatten ihre "Nie wieder Krieg"-Haltung in eine "Nie wieder Auschwitz"-Haltung - so begründete Joschka Fischer das grüne Ja zur deutschen Beteiligung am Nato-Einsatz 1999 im Kosovo. Die Friedensbewegung aber blieb im Großen und Ganzen dabei: Nein zum Krieg, Ja zur Abrüstung.

Seit Beginn des Ukraine-Kriegs hat der Pazifismus einen schweren Stand

"Die Vorstellung, der Pazifist sei ein Feigling und Phantast, der von der wirklichen Welt der Macht und Gewalt nichts verstehe", schreibt der Historiker und Friedensforscher Wolfram Wette, sei "das Zerrbild, das die Militaristen von Bismarck bis Hitler von ihm gezeichnet haben". Tatsächlich gelte der Frieden im Pazifismus als "politisches Ziel, das schrittweise und mit unterschiedlichen, möglichst gewaltarmen Methoden erreicht werden sollte". Heute sieht sich ein bedeutender Teil der Bewegung allerdings nicht einer solchen "möglichst gewaltarmen" Haltung verpflichtet. Sondern eher einer im Angesicht der atomaren Bedrohung entwickelten "Gewaltlos um jeden Preis"-Haltung. Dieter Rucht führt das auch auf eine große personelle Kontinuität zurück. Die traditionellen Friedensorganisationen seien "überaltert".

Seit Ende Februar kommen aus den Reihen der Friedensbewegung (im weiten und weiteren Sinne) immer wieder Beiträge, die selbst Wohlmeinende irritieren bis entsetzen: sei es [der Rat-schlag an die Ukraine](#), statt militärischen zivilen Widerstand zu leisten; sei es [der Wunsch](#) nach "Kompromissbereitschaft von beiden Seiten"; sei es die Feststellung, dass "größere Aufmerksamkeit auf die Bedrohungsgefühle der Russen" hätte gerichtet werden müssen ([so der oben zitierte Friedensforscher Wolfram Wette](#)).

Und natürlich gehört auch der viel diskutierte [offene Brief](#) von Prominenten an Bundeskanzler Olaf Scholz in der Zeitschrift *Emma* in diese Liste, dessen Erstunterzeichner zwar in der großen Mehrheit nicht dem Umfeld der Friedensbewegung entstammen, der aber aus Sorge vor dem dritten Weltkrieg - seit 1945 das pazifistische Argument schlechthin - auf ein Ende der Lieferung schwerer Waffen drängt. "Selbst der berechtigte Widerstand gegen einen Aggressor", heißt es dort, stehe irgendwann in einem "unerträglichen Missverhältnis" zum "Maß an Zerstörung und menschlichem Leid unter der ukrainischen Zivilbevölkerung" - aus Sicht von Kritikern ein Fall von Täter-Opfer-Umkehr.

Das radikale Verständnis des Pazifismus zieht derzeit die öffentliche Wahrnehmung und die Kritik auf sich. Es sei eine "Störgröße", an der sich die Debatte abarbeite, wie Dieter Rucht sagt. Er betont aber, dass es auch heute Menschen gebe, die einen gemäßigten Pazifismus vertreten. Die das Recht der Ukraine auf militärische Selbstverteidigung ebenso wenig anzweifeln wie die Rechtmäßigkeit deutscher Waffenlieferungen - und das 100-Milliarden-Programm für die Bundeswehr dennoch kritisch sehen. Der Grünen-Politiker Heinz-Christian Ströbele etwa gehöre dazu. In einem [Interview mit der Zeit](#) hatte Ströbele kürzlich vor einer "Aufrüstungs-Euphorie" gewarnt.

Eingeleitet wurde das Interview übrigens mit einer Frage, die eigentlich eine Feststellung war: "Herr Ströbele, Sie sind kein Pazifist, aber ein bekannter Militärskeptiker." Kein Pazifist? Ströbele hat nicht widersprochen.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.5578931

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ/chrm

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.